



Naher Osten – Ewiger Brandherd

Syrienpolitik entzweit die Völkergemeinschaft und den Westen

Dass es keinen „Krieg“ im Nahen Osten gibt und auch keinen „Militärschlag“ der USA gegen Syrien, ist erfreulich, aber (noch) keine Lösung der Probleme. Der Chemiewaffeneinsatz in Syrien, von wem auch immer durchgeführt, darf nämlich keinesfalls straffrei bleiben. Der Internationale Gerichtshof wäre das richtige Ahndungsorgan. Dazu muss man aber die Täter kennen, haben, verurteilen und einsperren. Doch was geschieht mit all den anderen „Waffeneinsätzen“ in der Region? Niemand weiß eine Lösung der „unendlichen“ Streitfrage: können verschiedene Völker, können fanatisierte Menschen, können als alleingültig betrachtete Religionen friedlich miteinander umgehen?

Die Geschichte des Nahen Ostens ist blutgetränkt. In der englischen Sprache wird das Gebiet als „Middle East“ bezeichnet – so wirr wie die Begriffe sind auch die neuzeitlichen Grenzen. Das Zeitalter des Kolonialismus und Imperialismus hat im Nahen Osten ähnliche fatale Folgen wie in Afrika. Denn so sehr man „Nationen“ schaffen wollte, so wenig passen die recht unterschiedlichen Völkerschaften zusammen. Sie wurden von den europäischen und später nordamerikanischen Befehlshabern einfach zusammengepfertcht. Von deren Gnaden hoben sich neue Dynastien auf die Throne oder neue Militärführer an die Schalthebel der Macht. Misstrauen, Widerstand und Zerstörungswille waren die Folgen.



Der Nahe Osten

Der Wirrwarr mit Grenzen und Religionen

Es ist einfach, von „Syrien“ zu sprechen. Dabei deutet der offizielle Name „Arabische Republik Syrien“ schon an, dass der Staat, etwa halb so groß wie Deutschland, nach der Beherrschung durch Ägypter, Osmanen oder Franzosen endlich „arabisch“ sein wollte. Wer aber sind die Araber? Auf jeden Fall keine Osmanen oder Türken, von denen man endlich befreit wurde. Wollte man sich von den Iranern unterscheiden, den ehemaligen Persern, die unter britischen und russischen Einfluss geraten waren und unter Schah Reza Pahlavi (1919-1980) zu einer modernen Industrie- und Militärmacht aufsteigen wollten? Das glaubten damals politische Kreise in Deutschland, die den mit einer deutschen Prinzessin verheirateten Herrscher auf dem prächtigen Pfauenthron hofierten. Das riesige Land Iran mit der Nordgrenze zur Sowjetunion, der Ostgrenze zum Vizekönigreich Indien (heute Pakistan oder Afghanistan) und der Nordwestgrenze zur Türkei (beziehungsweise zu den Kurden) schickte sich an, ähnlich „modern“ zu werden wie die Türkei mit ihrer Trennung von Religion und Staat. Im Jahre 1975 versuchte deshalb eine Gruppe der Jungen Union Bayern unter der Leitung ihres Landesvorsitzenden, des Bundestagsabgeordneten Theo Waigel, und mit dessen in einem Hotelzimmer in Isfahan auserkorenen Nachfolger Otto Wiesheu engere Bande zwischen Bayern und Persien zu knüpfen. Den Geheimdienst Savak klammerte man aus. Die märchenhafte Selbstkrönung des Shahs von 1967 und die Hochglanzfotos der traurigen Prinzessin Soraya sowie der strahlenden Drittfrau Farah Diba in den bundesdeutschen Gazetten hatten eine nachhaltigere Wirkung erzeugt. Dass beim Schah-Besuch in Berlin im Jahr 1967 die Studenten rebellierte und dabei Benno Ohnesorg ums Leben kam, wurde einer damals um sich greifenden kommunistischen Unterwanderung zugeschrieben und nicht einem möglichen Unterdrückungssystem in Persien. Als allerdings 1976 ein neuer Kalender zur Umerziehung in Persien beitragen sollte (Zählung nach dem Perserkönig Kyros und nicht mehr nach dem Propheten Mohammed), begann sich dort das Fass zum Überlaufen zu füllen. Zu Beginn des Jahres 1979 betrat der im Pariser Exil lebende Geistliche Ayatollah Chomeini wieder persischen Boden. Die Entwicklung zur „modernen Industrie- und Militärmacht“ wurde abrupt gestoppt. Die „Islamische Republik Iran“ aber schwang sich zum Einfluss-Faktor im Nahen Osten auf, offiziell als Schutzherrin aller Schiiten im Glaubenskampf gegen die Sunniten.

Der Wirrwarr der unterschiedlichen Einflussnahme

In einer englischsprachigen Zeitung stand kürzlich folgende Glosse:

- Der Iran unterstützt Assad und die Golfstaaten sind gegen Assad
- Assad ist gegen die Moslembruderschaft
- Obama ist gegen den ägyptischen Machthaber General Sisi
- Die Golfstaaten sind für Sisi, aber gegen die Moslembruderschaft
- Iran ist pro Hamas, Hamas unterstützt die Moslembruderschaft, auch Obama tut das
- Hamas ist gegen die USA und die Golfstaaten sind für die USA
- Die Türkei ist gegen Assad und pro Moslembruderschaft gegen General Sisi

Die Glosse könnte ergänzt werden: Die Russen unterstützen Assad, verlangen aber die Erklärung über alle Chemiewaffen und denken trotzdem, ein starker Assad sei ein Sicherheits-Plus. So denkt übrigens auch der immer noch als „Experte“ in deutschen Medien präsente

Alt-Publizist Peter Scholl-Latour. Lasst die Diktatoren in Ruhe, sie sorgen für Stabilität, scheint das Haupt-Credo zu sein. Mit einem westlichen „Militärschlag“ würde die Lage instabil. Dass jedoch auch die syrische Kurden-Partei PYD für Provokationen sorgt und die Stabilität der Region wegen einer ins Auge gefassten „Groß-Kurdischen Nation“ in Syrien, im Irak, in Iran und in der Türkei angenagt wird, vertieft den Wirrwarr. Vom Nachbarn Israel wird ausnahmsweise bewusst nicht gesprochen.

Die Zeit von Schutzmächten ist vorbei

Niemand hat in der heutigen Zeit die Kraft beziehungsweise die Macht, Menschenmassen oder Groß-Nationen von außen her zu steuern, auch nicht der „Weltpolizist USA“. Diese Aussage bestätigt allein die Tatsache der seit Jahren im Nahen Osten aufgetauchten Unruhen, ja sogar Bürgerkriege. Auf wessen Seite sollte man sich schlagen? Für andere in den Krieg zu ziehen hatte sich früher auch nur selten gelohnt. Mit Rat und (helfender) Tat zur Seite zu stehen, ist eher wünschenswert. Als Konsequenz gehört dazu auch die Ächtung verbrecherischen Handelns, zunächst im Rahmen der Diplomatie und dann in der internationalen Rechtsprechung beziehungsweise Durchsetzung von Recht. Jeder Machthaber muss damit rechnen, „einst“ zur Rechenschaft gezogen zu werden. Das mag zwar länger dauern, erspart aber zusätzliches Blutvergießen. Eine internationale Ächtung und Isolierung gewalttätiger Machthaber verursacht bei diesen irgendwann Probleme, und meist durch das eigene Volk. Eine humanitäre Intervention oder Schutzverantwortung bleibt trotzdem nicht ausgeschlossen. Ohne die UNO wird diese jedoch rechtlich immer fragwürdig bleiben. Ob ein Militärschlag im Nahen Osten langfristig ähnlich erfolgreich wirkt wie in den 1990er Jahren auf dem Balkan, erscheint angesichts der russischen und chinesischen Haltung sowieso äußerst fraglich.

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de.